Diesen Artikel finden Sie unter: http://www.noz.de/artikel/2288898
Veröffentlicht am: 04.05.2021 um 11:03 Uhr

Vorwurf der Schwarzarbeit

Hat ein Ehepaar aus der Region Osnabrück den Staat um 700.000 Euro betrogen?

von Heiko Kluge

Osnabrücker Land. Ein Unternehmerehepaar aus dem Osnabrücker Land soll Mitarbeiter im großen Stil schwarz arbeiten haben lassen. Die Staatsanwaltschaft schätzt den entstandenen Schaden auf rund 700.000 Euro.

Verhandelt wird der Fall vor dem Amtsgericht Bad Iburg. Der Vorwurf: Die beiden sollen als faktische Geschäftsführer eines Bauunternehmens, das nahezu ausschließlich Beton-, Maurer- und Eisenflechterarbeiten erbrachte, im Zeitraum zwischen Oktober 2015 bis Mai 2017 die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung nicht an die zuständigen Stellen abgeführt, beziehungsweise die tatsächlich gezahlten Löhne bewusst verschwiegen haben. Laut Staatsanwaltschaft ist das Ehepaar hier einen Betrag von 534.304 Euro schuldig geblieben.

Darüber hinaus wird den beiden Angeklagten vorgeworfen, auch Beiträge an die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft und an die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes nicht gezahlt zu haben. Hier soll ein Betrag von gut 170.000 Euro offen sein.

Wer war Geschäftsführer?

Zum Prozessauftakt vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Bad Iburg erklärte der Verteidiger des Angeklagten, dass sein Mandant keine Angaben zu den Vorwürfen machen werde. Die gegen seinen Mandanten gerichteten Vorwürfe beruhten auf der Annahme, dass er faktischer Geschäftsführer des Bauunternehmens gewesen sei. Im Ermittlungsverfahren sei das allerdings nur „rudimentär bis gar nicht" geprüft worden, kritisierte der Verteidiger.

Im Laufe des Strafverfahrens sei daher noch viel Ermittlungsarbeit zu leisten. Dabei werde sich dann herausstellen, dass tatsächlich die Ehefrau seines Mandanten die Geschäftsführerin gewesen sei. Die Verteidigerin der Ehefrau bestätigte, dass es ihre Mandantin gewesen sei, die die Baufirma gegründet habe - nachdem die Baufirma ihres Mannes in Insolvenz gegangen sei. Der Mann habe daraufhin keine Firma mehr gewollt, so die Erklärung der Verteidigerin.

Daher sei es die Frau gewesen, die Verträge abgeschlossen, Einstellungen vorgenommen die Konten geführt und Aufträge akquiriert habe. Auch für das Erstellen von Rechnungen sowie die Lohnzahlungen sei die Angeklagte verantwortlich gewesen, so die Verteidigerin. Darüber hinaus werde ihre Mandantin derzeit keine weiteren Angaben machen.

Polizist: Frau wusste nichts über Aufgaben einer Geschäftsführerin

Ein Polizeibeamter, der die Frau als Beschuldigte vernommen hatte, berichtete, keine richtige Antwort auf seine Frage bekommen zu haben, wer das Bauunternehmen tatsächlich geleitet hatte. Eines habe ihn erstaunt, so der Beamte: „Über die Aufgaben einer Geschäftsführerin wusste sie überhaupt nichts."

Um die tatsächliche Rollenverteilung des Paares in dem Bauunternehmen aufzuklären wird das Schöffengericht eine ganze Reihe an Zeugen hören müssen. Daher sind in dem Verfahren bereits mehrere Fortsetzungstermine angesetzt.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.